

Prof. Dr. Thomas von der Vring

D-28215 Bremen, den 16.11.2014

Meissenerstr. 7

TEL: (+49)421-351557

FAX: (+49)421-373926

E-Mail: ThomasvonderVring@T-Online.de

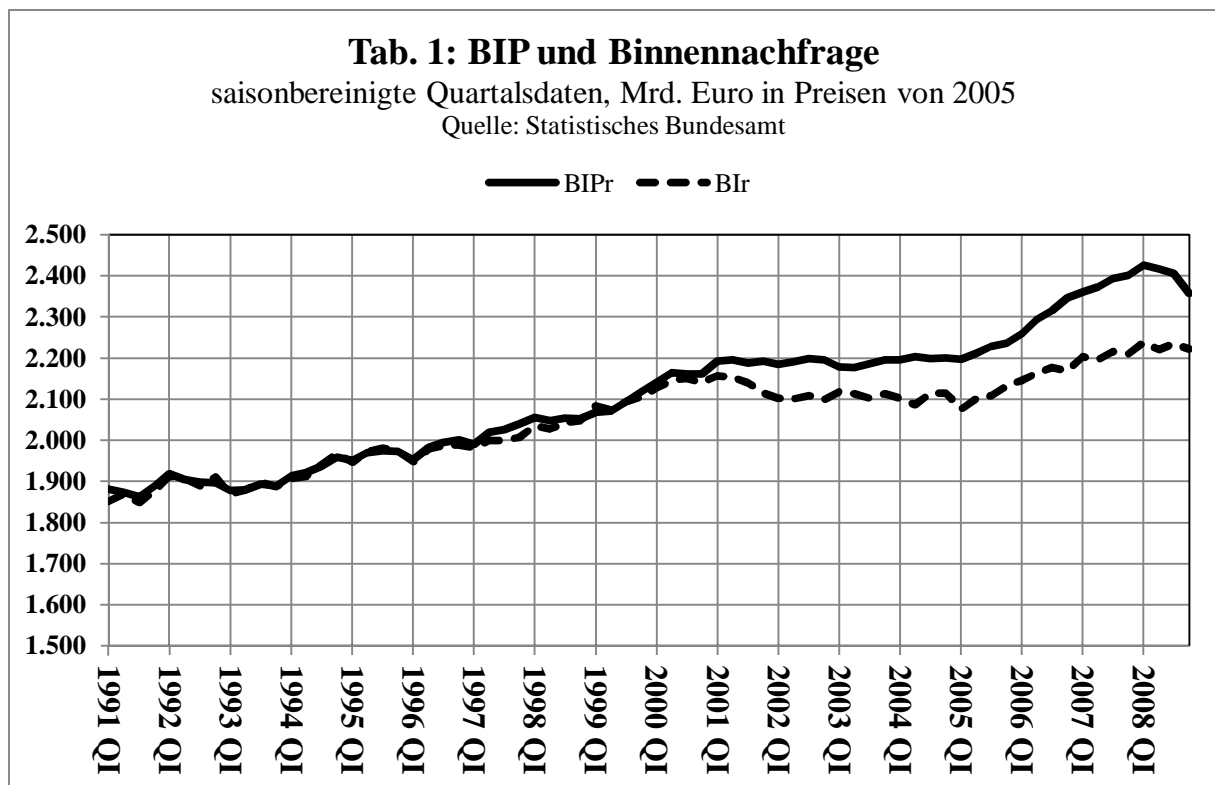
Home: <http://www.tvdvring.de>

<http://www.tvdvring.eu>

Die Bedeutung der Massenkaufrkraft für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland am Beispiel der Jahre 2000-2008

1. Beobachtungen aus den Jahren 2000-2008¹

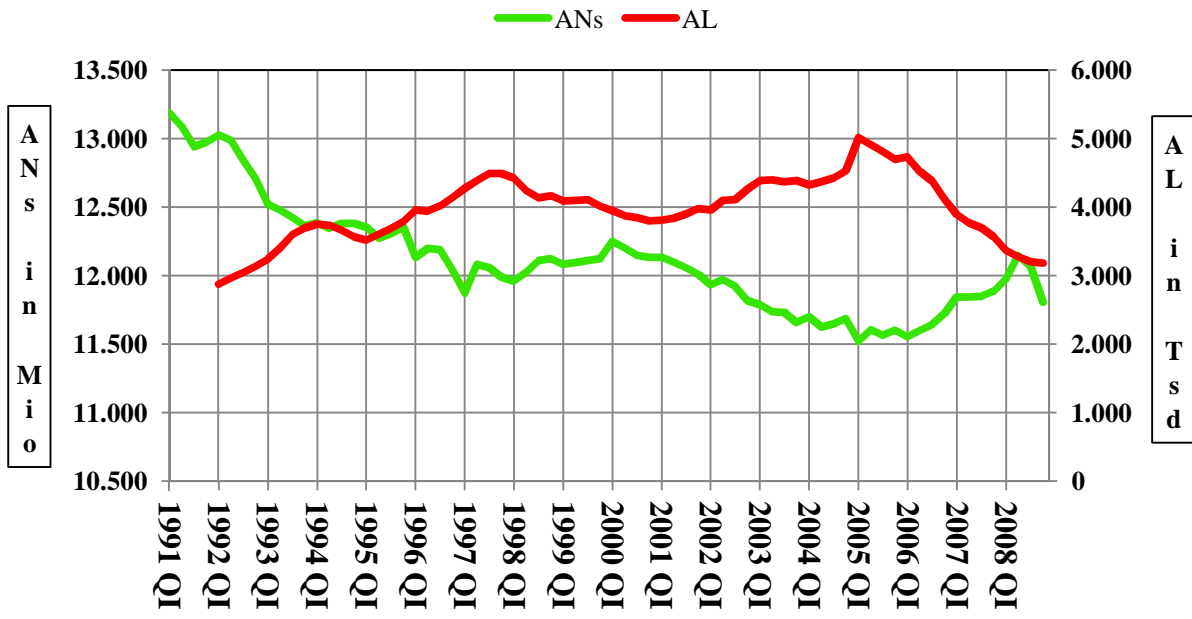
- Zwischen 2001 und 2006 ist das reale BIP in Deutschland nicht gewachsen, und die reale Binnennachfrage ist sogar gesunken (Tab. 1).



- Die Differenz zwischen beiden Entwicklungen resultiert aus dem gewachsenen Außenbeitrag. Hinter dem starken Exportwachstum ist auch der Import seit 2001 zurückgeblieben.
- Auch der private Verbrauch ist – preisbereinigt – kaum gewachsen.
- Die Beschäftigung in Arbeitnehmerstunden ist deutlich gesunken, und dementsprechend ist die Zahl der Arbeitslose angestiegen (Tab. 2)

¹ Die Daten stammen aus der FS 18 R.1.3 des Statistischen Bundesamtes.

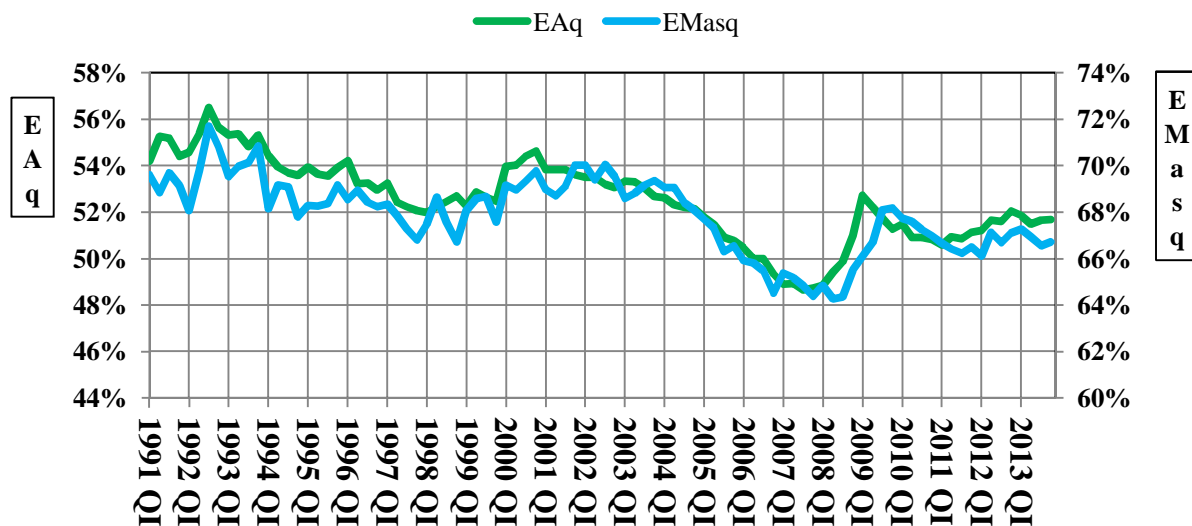
Tab. 2: Arbeitnehmerstunden und Arbeitslose
saisonbereinigte Quartalsdaten, Mio. Stunden bzw. Tsd. Personen
Quelle: Statistisches Bundesamt



- Sowohl der Anteil des der Arbeitsentgelte am BIP als auch der Anteil der Masseneinkommen an den verfügbaren Privateinkommen sind zwischen 2001 und 2007 stark gesunken (Tab. 3).

Tab. 3: Anteil der Arbeitsentgelte am BIP und Anteil der Masseneinkommen an den Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte

saisonbereinigte Quartalsdaten in %
Quelle: Statistisches Bundesamt



- Die herrschenden Theorien hätten erwarten lassen, dass die mit dieser Lohnzurückhaltung verbundene nachhaltige Verbesserung der Gewinne zu einer

Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung geführt hätte. Tatsächlich war von solchen Wirkungen nichts zu beobachten.

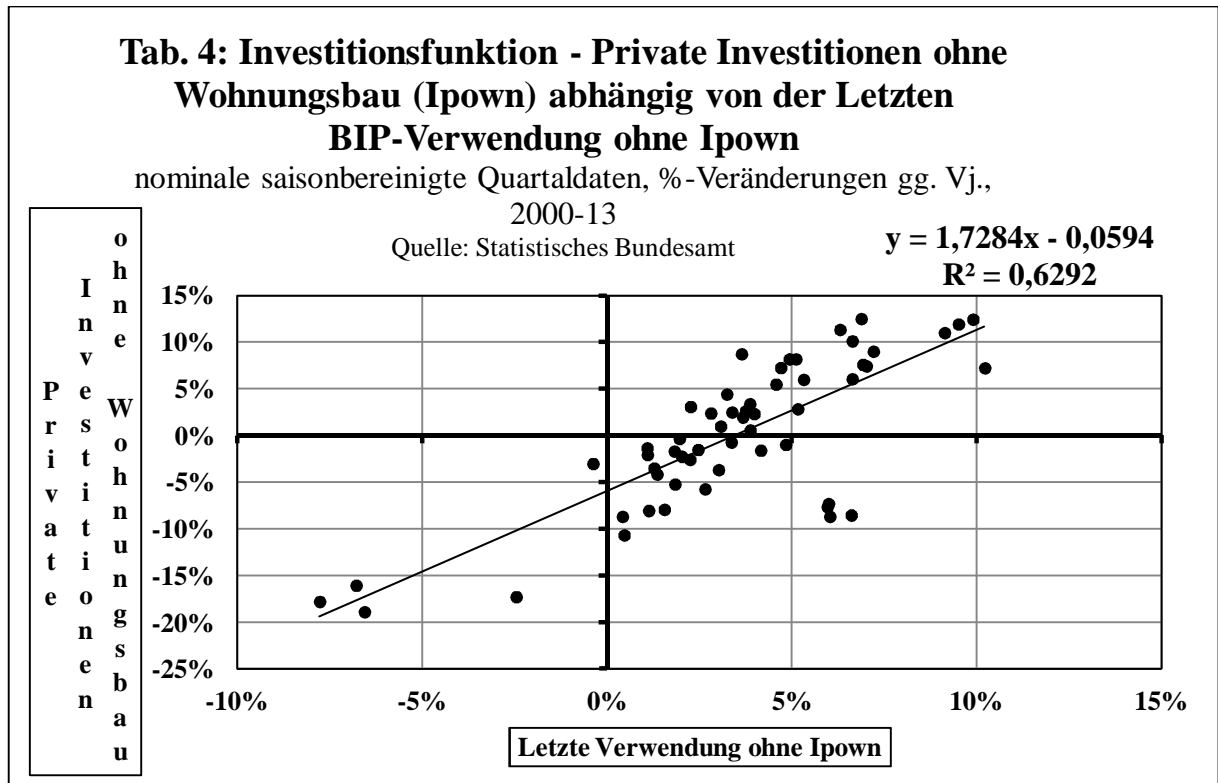
- **Es stellt sich die Frage, ob nicht vielmehr die Stagnation der Massenkaukraft negative Effekte auf das Wachstum gehabt hat.**
- Zur Klärung dieser Frage soll eine ex-post-Simulation der deutschen VGR für die Jahre 2000-2008 dienen, die zeigt, welche gesamtwirtschaftlichen Wirkungen eine veränderte Entwicklung der Massenkaukraft gehabt hätte.

2. Empirisch gemessene Zusammenhänge in der deutschen VGR von 2000-2013 auf der Basis nominaler Werte

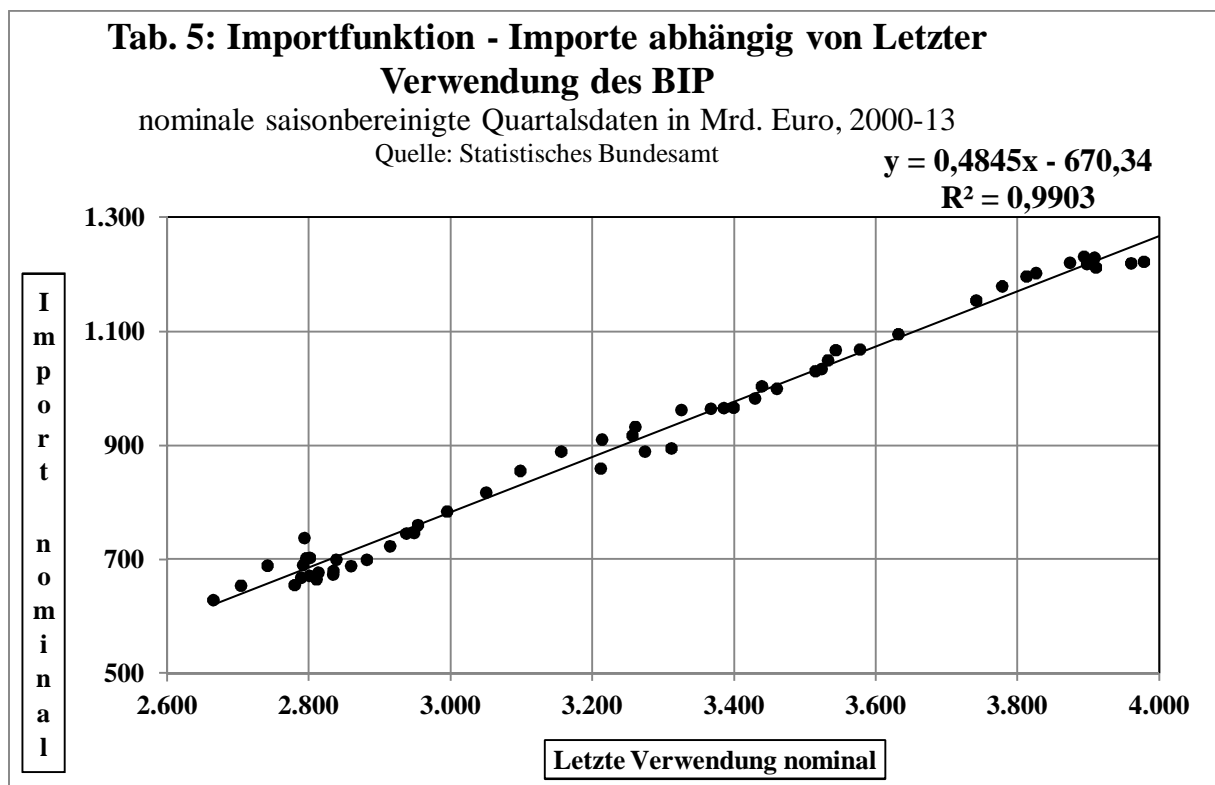
- Grundlage dieser ex-post-Simulation sind empirisch gemessene Zusammenhänge in der deutschen VGR auf der Basis von saisonbereinigten Quartalsdaten.
- Die **privaten Konsumausgaben** sind hochgradig abhängig vom **Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte** ($R^2 = 0,99$).
- Da die **Staatsausgaben** politisch gesetzt sind, betrachten wir sie als exogen. Die jeweilige BIP-Quote der Staatsausgaben wird als gegeben angenommen.
- Die **Veränderungen der Lagerhaltung** gleichen sich mittelfristig aus, soweit sie konjunkturabhängig sind. Ihre konjunkturelle Entwicklung wird überlagert von einem Trend der Verringerung der Lagerhaltung. Die jeweilige BIP-Quote der Veränderungen der Lagerhaltung wird als gegeben angenommen.
- Die **Investitionen für den privaten Wohnungsbau** sind eine exogene Größe, die nicht von den anderen Größen der VGR beeinflusst wird. Wir betrachten sie als gegeben.
- Die **privaten Bruttoanlageinvestitionen ohne den privaten Wohnungsbau** sind, im Gegensatz zu den Annahmen der herrschenden Theorien, hoch nachfrageabhängig. Ihre Veränderungen werden von den Veränderungen der übrigen **Letzten Verwendung des BIP** bestimmt ($R^2 = 0,83 - \text{Tab. 4}$)².
- Die **Binnennachfrage** setzt sich additiv zusammen aus:
 - Privater Konsum (2000-08 BIP-Anteil 60,6%)
 - staatlicher Beitrag (Konsum und Investitionen, BIP-Anteil 21,3%)
 - Veränderung der Lagerhaltung (0,3%)
 - privater Wohnungsbau (5,8%)
 - private Bruttoanlageinvestitionen ohne Wohnungsbau (12%).
- Die **Exporte** werden bestimmt von der ausländischen Nachfrage. Wir betrachten sie als gegeben.
- Die Summe aus Binnennachfrage und Exporte bilden **die Letzte Verwendung des BIP**: die Wertsumme aller inländischen Produkte.

²

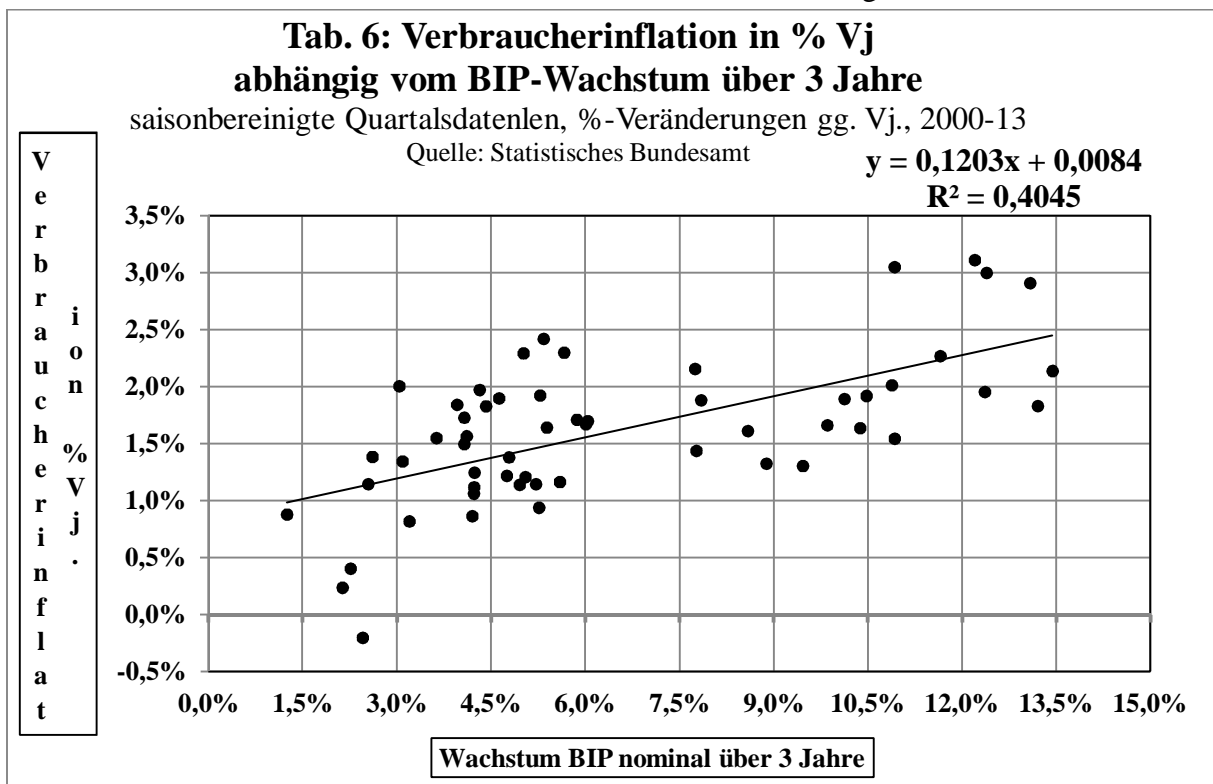
Der Einfluss der Höhe der Kreditzinsen auf die privaten Investitionen ohne Wohnungsbau ist gering.



- Die Summe der **Importe** ist abhängig von der Letzte Verwendung des BIP ($R^2 = 0,99$ – Tab. 5).



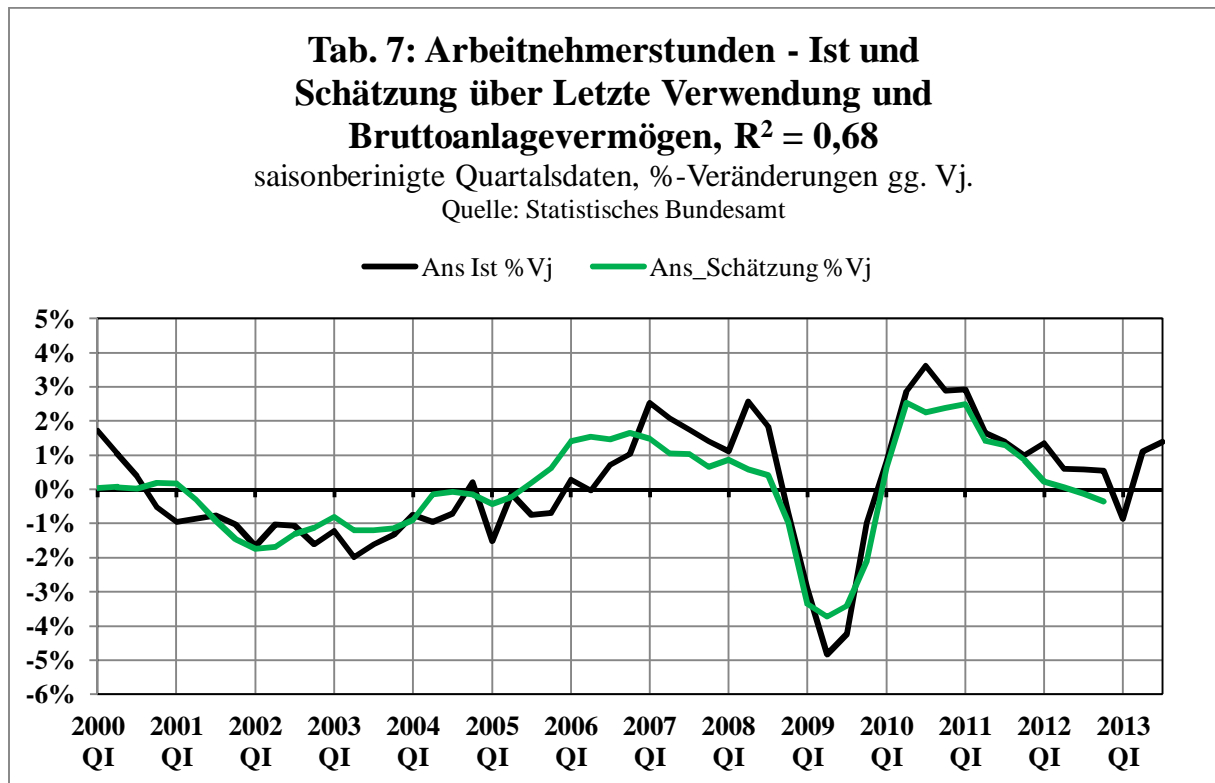
- Der hohe Einfluss der Letzten Verwendung auf die Importe bringt zum auch Ausdruck, dass im europäischen Binnenmarkt Exporte Vorleistungen aus Importen nach sich ziehen. Die deutschen Exporte resultieren zu 40% aus Importen und nur zu 60% aus deutscher Wertschöpfung.
- Daneben zeigt sich bei allen 28 Mitgliedstaaten der EU eine hoch signifikante Abhängigkeit der Importe von der nationalen Binnennachfrage – (Vorjahresveränderungen in %).
- Durch Abzug der Importe von der Letzten Verwendung ergibt sich das **Bruttoinlandsprodukt BIP**.
- Bei der Bestimmung der Realwerte der VGR ist der erkennbare **Inflationseffekt der Nachfrage** zu beachten. Vergleicht man das längerfristige Nominalwachstum des BIP – Wachstum über **3 Jahre** – mit der jährlichen Entwicklung der Verbraucherpreise ($R^2 = 0,42$ – Tab. 6), dann kann man grob feststellen:
 - 3,2% jährliches Nominalwachstum bedingt eine Inflationsrate von 2,0%-Punkten – das verbleibende Realwachstum beträgt also 1,2%
 - 4,6% jährliches Nominalwachstum bedingt eine Inflationsrate von 2,5%-Punkten – das verbleibende Realwachstum beträgt also 2,1%.



Das macht auch deutlich: Das Ziel der Geldpolitik, die Inflationsrate daran zu hindern, einen bestimmten Wert zu überschreiten, bedeutet, das Wirtschaftswachstum daran zu hindern, einen entsprechenden Wert zu überschreiten. MaW: Inflationsbekämpfung bedeutet Wachstumsbegrenzung.

- Bei einer Verknüpfung all dieser Zusammenhänge würde eine **Erhöhung der Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte** im Wesentlichen folgende Wirkungskette nach sich ziehen:

- unmittelbar eine Erhöhung des privaten Konsums und mit ihm sowohl der Binnennachfrage als auch der Letzten Verwendung des BIP;
- mittelbar eine Erhöhung der privaten Investitionen ohne Wohnungsbau
- ebenso wie eine Erhöhung der Importe (Verringerung des Außenbeitrags),
- wodurch sich per Saldo auch das BIP-Wachstum verändert.³
- Schließlich besteht ein signifikanter positiver Zusammenhang zwischen den Veränderungen der Letzten Verwendung und den Veränderungen der **Arbeitsstunden** als Indikator der **Beschäftigung** ($R^2 = 0,68$ – Tab. 7)⁴.



- Demnach würde eine Erhöhung der Masseneinkommen auch eine Erhöhung der Beschäftigung nach sich ziehen, obwohl mit einer Erhöhung der Investitionen auch eine leichte Erhöhung der Arbeitsproduktivität verbunden ist.
- Es stellt sich die Frage, ob sich dieser Zusammenhang zwischen verfügbarem privaten Einkommen einerseits und Wachstum und Beschäftigung andererseits wirtschaftspolitisch nutzen ließe.

³ Schematisch werden diese Befunde im Anhang dargestellt: Die Bestimmung von Sozialprodukt und Beschäftigung. Die endogenen Zusammenhänge sind grün markiert.

⁴ Auf diesen Zusammenhang hat die Entwicklung der Gewinne keinen signifikanten Einfluss.

3. Die Verteilungsproblematik der Einkommensentwicklung

- Allerdings ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, von dem die Höhe des privaten Konsums abhängt, keine politisch bestimmbare Größe. Es besteht aus dem Masseneinkommen, die von Arbeitgebern und Sozialversicherungen bezahlt werden (2001 70%), und den liquiden privaten Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und Vermögen (30%), die Teil der residualen Gewinneinkommen sind.
- Der auf der Hand liegende Zusammenhang zwischen einer Erhöhung der Massenkaufkraft und einer Erhöhung des privaten Konsums kann nicht unvermittelt wirtschaftspolitisch eingesetzt werden. Die Tariflöhne beeinflussen die Stundenlöhne, nicht aber die Zahl der Arbeitsstunden. Die Massenkaufkraft wird wesentlich bestimmt durch die Summe aller Arbeitsentgelte, die von Arbeitgebern bezahlten werden. Diese kann **nur** durch die Entscheidungen der Arbeitgeber erhöht werden.
- Wenn die Arbeitsentgelte stärker wachsen als die Wertschöpfung, dann wachsen die Gewinne langsamer, und mit ihnen die privaten Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und Vermögen. Diese Beeinträchtigung der Gewinne kann die Arbeitgeber veranlassen, die Gesamtsumme der Arbeitsentgelte zu drosseln.
- Folgender statistischer Test erhellt die Bedeutung der Entwicklung der Residualeinkommen für das Wachstum der Wertschöpfung:
 - Die laufenden Produktionsentscheidungen der Unternehmungen – Vorleistungen und Arbeitseinsatz – orientieren sich einerseits an der Entwicklung ihres Auftragseinganges.
 - Andererseits werden sie von der Entwicklung der Gewinne beeinflusst.
 - In Konkurrenz zu diesem Auftragseingang setzen wir die Entwicklung der Brutto-Residualeinkommen (BIP minus Arbeitsentgelte) mit einer Verzögerung von 2 Quartalen und messen beide Einflüsse auf das Wachstum der Wertschöpfung.
 - Ergebnis: Beide Einflüsse sind positiv. Das Gewicht des Einflusses des Auftragseingangs verhält sich zu dem des Einflusses der Residualeinkommen wie 0,73 : 0,31 ($R^2 = 0,88$).
 - Das bedeutet: **Eine gebremste Gewinnentwicklung bzw. eine verstärkte Entwicklung der Arbeitsentgelte schwächt den Einfluss des Auftragseingangs auf das Wachstum ab.**
 - Beide Einflüsse auf das Wachstum der Wertschöpfung bestehen auch gegenüber der Entwicklung der Beschäftigung (Arbeitnehmerstunden). Das Gewicht des Einflusses des Auftragseingangs auf die Beschäftigung verhält sich zu dem des Einflusses der Residualeinkommen wie 0,70 : 0,30 ($R^2 = 0,64$).
- Steigende Löhne haben über die Nachfrage der Arbeitnehmerhaushalte (Auftragseingang) einen positiven Einfluss auf Wachstum und Beschäftigung, aber sinkende Gewinne haben einen negativen Einfluss. Gibt es einen Ausweg aus diesem Dilemma?

- Dieser Befund führt an den Ausgangspunkt der Beobachtungen zurück: Sowohl der Anteil des der Arbeitsentgelte am BIP (Lohnquote) als auch der Anteil der Masseneinkommen an den verfügbaren Privateinkommen sind zwischen 2001 und 2007 stark gesunken (Tab. 3). Welche Folgen hätten sich ergeben, wenn diese starke Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Kaufkraft nicht stattgefunden hätte? Sondern wenn der Status quo der Verteilung zwischen Arbeitsentgelten und Brutto-Gewinnen **konstant geblieben wäre**?
- Ein zusätzlicher empirischer Befund erleichtert die Beantwortung dieser Frage:
 - Der Anteil der Masseneinkommen am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wird bestimmt von dem 2 Quartale vorhergehenden Anteil der Arbeitsentgelte am BIP ($R^2 = 0,90$).
- Würde man den Anteil der Arbeitsentgelte am BIP, den Anteil der Masseneinkommen am verfügbaren privaten Einkommen und die Relation Masseneinkommen zu Arbeitsentgelten ab 2000 **konstant** setzen (**Verteilungsneutralität**), dann würde sich – ceteris paribus – **ein anderer Verlauf der Wirtschaftsentwicklung Deutschlands in den Jahren 2000-2008 ergeben**.

4. Eine alternative wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands von 2000-2008 unter der Bedingung der Verteilungsneutralität

- Ceteris paribus: alle anderen Einflüsse auf die Wirtschaftsentwicklung bleiben unverändert.
- Primär sind die Zahlungsströme. Deshalb wird die wirtschaftliche Entwicklung zuerst in laufenden Preisen bestimmt. Danach werden die Deflatoren der VGR über den Zusammenhang von Verbraucherpreisen und BIP modifiziert, um die preisbereinigte Entwicklung abzuleiten.
- Die BIP-Quote der Arbeitsentgelte sind ab 2000 konstant gesetzt worden: 53,7%.
- Die gewichteten **jährlichen Wachstumsraten** veränderten sich von 2000 bis 2008 wie folgt:
 - **Arbeitsentgelte: von 1,60% auf 2,65%**
 - **Residualeinkommen von 3,20 auf 2,67% (gesunken)**
 - **Masseneinkommen: von 1,97% auf 2,63%**
 - **private Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und Vermögen: von 2,70% auf 2,63%**
 - **Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte: von 2,21% auf 2,63%.**
 - **Alle vier privaten Einkommenspositionen entwickelten sich also parallel.**
- Als Folge ergaben sich **nominale Vergrößerungen einzelner Komponenten des BIP, gefolgt von Preiseffekten. Der gewichtete jährliche Beitrag des nominalen Wachstums erhöhte pro Jahr die Verbraucherpreise von 1,68% auf 1,77%.**

- **Die gewichteten jährlichen Wachstumsraten der preisbereinigte Ergebnisse veränderten sich:**
 - **privater Konsum von 0,62% auf 1,23%,**
 - **private Investitionen ohne Wohnungsbau von 1,91% auf 2,73%,**
 - **die Binnennachfrage von 0,58% auf 0,92%,**
 - **die Letzte Verwendung von 2,55% auf 2,77%,**
 - **die Importe von 5,63% auf 5,91% - der Außenbeitrag 2008 sank von 8,6% des BIP auf 7,5%.**
- **Das reale jährliche BIP-Wachstum erhöhte sich von 1,60% auf 1,81%.**
- **Auch die Entwicklung der Beschäftigung, ausgedrückt in Arbeitsstunden, veränderte sich positiv. War in der Zeit von 2000-2008 die Stundenzahl tatsächlich pro Jahr um 0,44% gesunken, so hätte die simulierte Einkommensentwicklung nur zu einem Rückgang pro Jahr um 0,07% geführt. Über 9 Jahre wäre die Beschäftigung um 3,2% vergrößert worden – angesichts einer Arbeitslosenquote zwischen 8 und 11%.**
- **Addiert man die nominalen Größen der VGR der Jahre 2000-2008, so ergaben sich folgende charakteristische Veränderungen:**
 - **Bruttoresidualeinkommen: -252 Mrd.€**
 - **Arbeitsentgelte: +539 Mrd.€**
 - **privater Konsum: +269 Mrd.€**
 - **private Investitionen ohne Wohnungsbau: +104 Mrd.€**
 - **Importe: +138 Mrd.€**

5. Wirtschaftspolitische Konsequenzen

- Anstelle einer Senkung der Arbeitsentgeltquote würde ein verteilungsneutrales Wachstum der Arbeitsentgelte nicht nur den privaten Verbrauch erhöhen, sondern auch die private Investitionen ohne Wohnungsbau, die Importe – mit Wirkung eines Abbaus des Außenhandelsüberschusses – sowie die Beschäftigung stärken.
- Infolge der Wachstumseffekte wachsen die Arbeitsentgelte mehr als doppelt so stark wie die Bruttoresidualeinkommen sinken.
- Eine Perspektive einer wachsenden Arbeitsentgeltquote ist für die Arbeitgeber nicht annehmbar. Aber eine Drosselung der Binnennachfrage und mit ihr der Investitionen=Kapitalbildung der Wirtschaft als Folge sinkender Arbeitsentgeltquote liegen auch nicht im Interesse der Unternehmer. Deshalb könnte eine stabile Arbeitsentgeltquote auch im längerfristigen Interesse der Unternehmer liegen.
- Der Verzicht auf ständige gesamtwirtschaftliche Verteilungskämpfe um den Preis einer dauerhaften stabilen Lohnquote wäre – wenn man die letzten Jahrzehnte betrachtet – für die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer sehr vorteilhaft.
- In der bisherigen Konkurrenz zwischen Arbeits- und Residualeinkommen entwickeln sich die Arbeitseinkommen prozyklisch: im Aufschwung wächst die Produktion früher als die Arbeitseinkommen – mit positiven Gewinnssignalen, im Abschwung sinkt sie früher – mit negativen Gewinnssignalen. Dadurch empfangen die Unternehmungen im Hochpunkt eines Aufschwungs negative Gewinnssignale.

Eine verteilungsneutrale Einkommensentwicklung würde diesen Effekt beseitigen und zu einer stetigeren Wirtschaftsentwicklung beitragen.

- Die Tarifpolitik könnte dazu beitragen, eine verteilungsneutrale Entwicklung der Einkommen zu realisieren. Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass in Deutschland nach der Krise von 2009 bis 2013 über 90% aller Arbeitnehmer eine Entwicklung ihrer effektiven Stundenlöhne verzeichnen konnten, die nicht schlechter war als die der Tariflöhne⁵. Das spricht dafür, dass die Tariflöhne auch außerhalb der formalen Tarifbindung einen positiven Einfluss auf die tatsächliche Verdienstentwicklung ausüben.
- Eine verteilungsneutrale Einkommensentwicklung könnte nicht ohne Mitwirkung der Arbeitnehmer und nicht ohne positive Unterstützung der Unternehmer realisiert werden. Wichtig wäre die Überzeugung der Unternehmer und der Gewerkschaften und der Öffentlichkeit von der **gesamtwirtschaftlichen Nützlichkeit einer verteilungsneutralen Kaufkraftentwicklung der Arbeitnehmereinkommen**.
- Dies könnte zu einem gesellschaftlichen **Lohnpakt führen: eine verteilungsneutrale Einkommensentwicklung wird als gesamtgesellschaftliches Ziel anerkannt. Sie richtet sich im Prinzip nach der aktuell absehbaren Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts**.
- **Die Aufgabe der Politik wäre es, anstatt den jährlichen Tarifkämpfen neutral zuzuschauen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Öffentlichkeit für einen solchen Lohnpakt zu gewinnen.**

⁵

Indices der tariflichen Monats bzw. Stundenverdienste.

Die Bestimmung von Sozialprodukt und Beschäftigung

→ bestimmender Einfluß

$$\boxed{\text{BIP}} - \boxed{\text{EA}} = \boxed{\text{ERes}}$$

2 Quartale später

$$\boxed{\text{EMas}} + \boxed{\text{EpRes}} = \boxed{\text{EpVer}}$$

$$\boxed{\text{Cpr}} + \boxed{\text{S}} + \boxed{\text{IpW}} + \boxed{\text{IV}} + \boxed{\text{Ex}} = \boxed{\text{Summe}}$$

$$\boxed{\text{Cpr}} + \boxed{\text{S}} + \boxed{\text{IpW}} + \boxed{\text{IV}} + \boxed{\text{Ex}} + \boxed{\text{IpoW}} = \boxed{\text{LV}} \quad \boxed{\text{ANs}} \quad \boxed{\text{Ls}}$$

$$\boxed{\text{Cpr}} + \boxed{\text{S}} + \boxed{\text{IpW}} + \boxed{\text{IV}} + \boxed{\text{Ex}} + \boxed{\text{IpoW}} - \boxed{\text{Im}} = \boxed{\text{BIP}} - \boxed{\text{EA}} = \boxed{\text{ERes}}$$

EA	Arbeitsentgelte
ERes	Brutto-Residualeinkommen
EMas	Masseneinkommen der privaten Haushalte
EpRes	Verfügbares Residualeinkommen der privaten Haushalte
Ls	Stundenlohn

ANs	Arbeitnehmerstunden (Indikator der Beschäftigung)
-----	---

Cp	Privater Konsum
S	Staatsausgaben
IpW	privater Wohnungsbau
IpoW	private Investitionen o. Wohnungsbau
IV	Zu-/Abgang Vorräte
Ex	Exporte
LV	Letzte Verwendung
Im	Importe